

15.	ÖSTERREICH SECHS JAHRE NACH KRISENBEGINN: SOZIALE ENTWICKLUNGEN	369
15.1	Ausgangspunkt: Anhaltend schwierige Wirtschaftslage in Europa	370
15.2	Steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Beschäftigungswachstum	372
15.2.1	Fortgesetzte Zunahme der Arbeitslosigkeit	373
15.2.2	Veränderte Qualität der steigenden Beschäftigung	375
15.2.3	Trotz Krise: Weiterer Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung	377
15.3	Verhaltene Einkommensentwicklung seit 2008	378
15.3.1	Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Krise unterbricht Anstieg	378
15.3.2	Höhere Steuer- und Sozialabgabenbelastung unselbstständiger Einkommen	379
15.3.3	Teilzeit und Arbeitslosigkeit: Zuwachs niedriger individueller Einkommen	380
15.3.4	Geschlechtsspezifischer Einkommensunterschied hoch und rückläufig	381
15.3.5	Steigende Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen in Österreich	381
15.3.6	Unterdurchschnittliche Einkommensungleichheit	382
15.3.7	Antizyklischer Verlauf bei Produktivität und Lohnkostenentwicklung	383
15.3.8	Kontinuierliche Zunahme von Zahlungsstörungen bei Privatkrediten	384
15.4	Der Sozialstaat als Krisenfeuerwehr: Wirkung der Sozialleistungen	385
15.4.1	Keine Zunahme bei Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung	385
15.4.2	BezieherInnen von Arbeitslosenversicherungsleistungen steigend	387
15.4.3	Ausbau der Förderungen und Beihilfen des Arbeitsmarktservice	388
15.4.4	Gesicherte Lohn- und Gehaltsansprüche nach Insolvenzen	389
15.4.5	Steigende Bedeutung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)	389
15.4.6	Folgen der Krise für die Finanzierung der sozialen Sicherheit	390

15. ÖSTERREICH SECHS JAHRE NACH KRISENBEGINN: SOZIALE ENTWICKLUNGEN

Als die Wirtschafts- und Finanzkrise Ende 2008 Europa erreichte, wurde auf Ebene der Europäischen Union im Dezember dieses Jahres beschlossen, regelmäßig Berichte über die sozialen Auswirkungen der Krise zu erstellen. In diesem Zusammenhang wurden die EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, aktuelle Sozialdaten zu übermitteln und auch nationale Monitoring-Instrumente zu entwickeln.

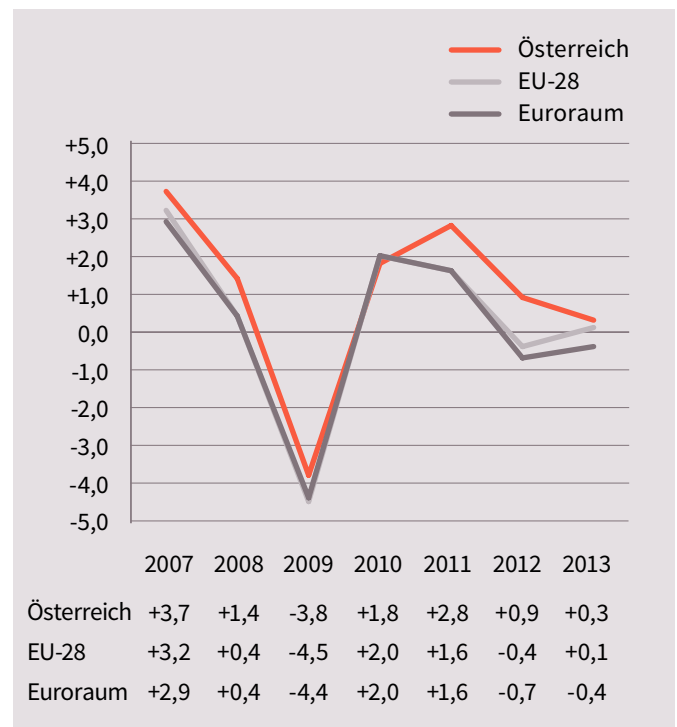
Vor dem Hintergrund des Konjunkturschocks 2009 sollten geeignete Instrumente ein zeitnahes Abbild sozialer Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ermöglichen. Diese Perspektive sollte die Aussagekraft wirtschaftlicher Kennzahlen erweitern und langfristige gesellschaftliche Entwicklungen und Konsequenzen der Krise darstellen. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Erschütterung im Jahr 2009 wurde als deutlicher Vorbote sozialer Verwerfungen erkannt, wobei nicht zuletzt die Dauerhaftigkeit der konjunkturellen Eintrübung in Europa viele traditionelle Wohlfahrtsstaaten vor erhebliche Herausforderungen stellte.

15.1 Ausgangspunkt: Anhaltend schwierige Wirtschaftslage in Europa

Die Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes bietet einen ersten Zugang über den Verlauf der Wirtschaftskrise: In Österreich kam es 2009 zu einem realen (preisbereinigten) Rückgang des BIP um 3,8%. Die deutliche Erholung in den zwei darauffolgenden Jahren stellte sich hingegen als kurzfristig heraus und auch aktuelle Prognosen¹ des IHS und des WIFO senkten zuletzt die Konjunkturaussichten für 2014 auf 0,8% reales BIP-

Wachstum. Österreichs Wirtschaftsentwicklung stellt sich im Vergleich zum EU-Durchschnitt fast über den gesamten Zeitraum etwas günstiger dar.

BIP-Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, real



Quelle: Eurostat

Neben einer expansiven Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in Form von zwei Konjunkturpaketen und einer (vorgezogenen) Steuerreform 2009 entfalteten auch die automatischen Stabilisatoren des österreichischen Sozialstaats ihre kaufkraftstützenden Wirkungen. In erster Linie sind hier die Leistungen der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) zu nennen. Darüber hinaus wurden aber auch Leistungen angepasst und erweitert, um auf die krisenbedingten Herausforderungen am Arbeitsmarkt in geeigneter Form zu reagieren.

¹ Prognosen des Instituts für Höhere Studien (IHS) u. des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom 18.9.2014

Sozialdaten als Kennzahlen des Krisenverlaufs

Auf Initiative des Sozialministeriums kam es bereits im Februar 2009 zur ersten Sitzung eines fachspezifischen Beirates, der geeignete Kennzahlen für ein Monitoring sozialer Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise diskutieren und festlegen sollte. Die Zusammensetzung dieses Fachbeirats sollte eine möglichst breite inhaltliche Perspektive ermöglichen, daher wurden ExpertInnen aus den Bereichen Forschung, Statistik und Sozialpartnerschaft (Arbeiter- und Wirtschafts-

kammer) sowie VertreterInnen der Bundesländer und des Sozialministeriums eingeladen.

Auf Grundlage dieser Diskussionen und auch jener auf EU-Ebene wurden zunächst vierteljährliche Berichte und halbjährliche vertiefende Analysen vereinbart. Folgende sieben Themenbereiche und Kennzahlen (Indikatoren) wurden für ein geeignetes Monitoring der krisenbedingten sozialen Auswirkungen ausgewählt:

Bereiche	Indikatoren
Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> • Aufgelöste Beschäftigungsverhältnisse • Neueinstellungen • Bestehende unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse • Atypische (flexible) Beschäftigungsverhältnisse
Arbeitslosigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Bestand Arbeitslose • Langzeitbeschäftigungslose • Durchschnittliche Höhe des monatlichen ALV-Leistungsbezugs
Arbeitsmarktförderung	<ul style="list-style-type: none"> • Förderungen und Beihilfen des Arbeitsmarktservice
Insolvenzentsicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Zuerkennungsbescheide • Zuerkanntes Insolvenzentsgeld aus dem Insolvenz-Entgelt-Fonds
Mindestsicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung LeistungsbezieherInnen BMS (vor 2011: Sozialhilfe)
Zahlungsstörungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zahlungsstörungen bei Privatkrediten (Personen und Fälle)
Einnahmen des Staates	<ul style="list-style-type: none"> • Steuereinnahmen • Durchschnittliche Beitragsgrundlage in der Sozialversicherung (SV) • Anzahl der Beitragszahlenden in der SV

Als wichtige Voraussetzung für die Eignung als Monitoring-Kennzahl wurde festgelegt, dass die jeweiligen Daten möglichst gegenwartsnah verfügbar sind. Bei vielen Erhebungen im Bereich der Sozialstatistik erfolgt die Datenübermittlung zum Teil erst mit einer beträchtlichen Zeitverzögerung; gerade im Krisenjahr 2009 wurde der diesbezügliche Handlungsbedarf offensichtlich. Auch aus diesem Grund wurden die EU-Mitgliedstaaten von Seiten der Kommission dazu aufgefordert, ergänzend nationale Monitoring-Strukturen aufzubauen, die auf zeitnahen Verwaltungsdaten beruhen.

Im April 2009 erschien der erste Quartalsbericht des Sozialministeriums als Vortrag an den Ministerrat; ab 2011 wurde die Berichterstattung halbjährlich fortgesetzt. Die bisherigen Berichte des Sozialdaten-Monitorings sowie EU-Berichte zu den sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind auf der Website des Sozialministeriums abrufbar:

www.sozialministerium.at > Soziales > Allgemeine Sozialpolitik > Sozialmonitoring - Krise

Im vorliegenden Beitrag werden einerseits die aus dem Monitoring gewonnen Ergebnisse dargestellt, zum anderen aber auch darüber hinausgehende Aspekte behandelt, insbesondere Entwicklungen bei den Einkommen und bei der Armutsgefährdung. Im Vordergrund steht die Frage, wie sich die soziale Situation in Österreich seit – und im Vergleich zum Zeitpunkt vor – der Krise entwickelt hat und welche Rolle dem Sozialstaat bei der Überwindung und Abfederung krisenbedingter Probleme der Gesellschaft zukommt. Dabei wird auch dem Vergleich der jeweiligen österreichischen Situation innerhalb der EU eine wichtige Rolle zukommen, um das Ausmaß der sozialen Auswirkungen länderübergreifend einzuordnen.

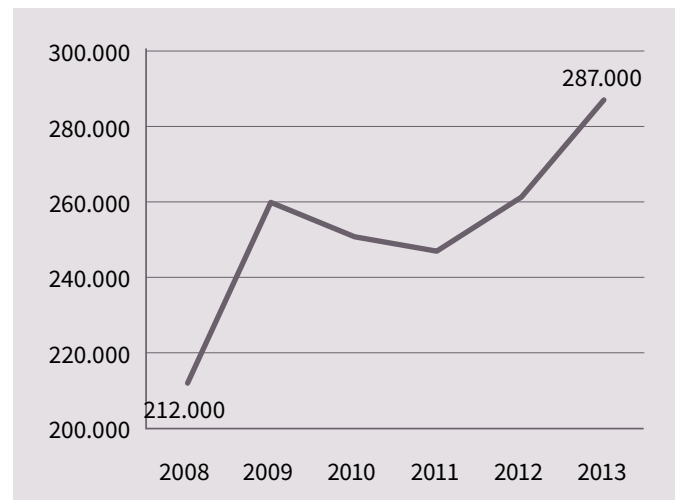
15.2 Steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Beschäftigungswachstum

Spätestens zu Beginn des Jahres 2009 wurde auch am österreichischen Arbeitsmarkt augenscheinlich, dass sich die Finanzkrise unmittelbar auf die Realwirtschaft niederschlägt: Bereits im März 2009 musste ein Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorkrisenjahr um rd. 60.000 Personen bzw. um 29% festgestellt werden. Diese Entwicklung erreichte Mitte 2009 ihren vorläufigen Höhepunkt und besserte sich vor allem im Verlauf der Jahre 2010 und 2011. Seither ist wieder ein deutlicher Anstieg zu erkennen.

Anfang 2014 waren rd. 370.000 Personen arbeitslos, was im Zeitvergleich einen Höchstwert darstellt. Im ersten Halbjahr 2014 waren mit durchschnittlich rd. 321.000 Arbeitslosen um 54.000 (+20%) mehr Menschen ohne Job als im Krisenjahr 2009.

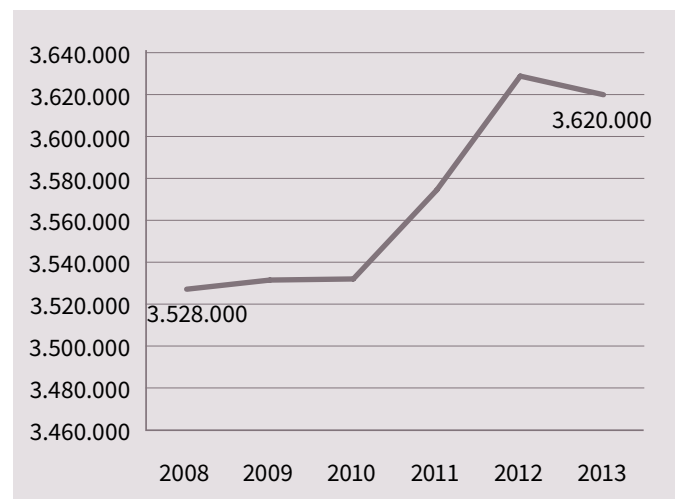
Im gesamten Zeitraum zwischen 2008 und 2013 stieg aber auch die Zahl der unselbstständig Beschäftigten² um rd. 92.000 Personen auf 3,6 Mio. Menschen an (siehe Abschnitt 15.2.3).

Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2008 bis 2013, Jahresdurchschnittsbestände (Personen)



Quelle: Sozialministerium, AMS

Unselbstständig Beschäftigte 2008 bis 2013, Jahresdurchschnitte, auf Tsd. gerundet



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

² inkl. Lehrlinge und freie DienstnehmerInnen

15.2.1 Fortgesetzte Zunahme der Arbeitslosigkeit

Der seit 2012 bestehende negative Trend ist vor allem auf die erneut schwache konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre zurückzuführen (siehe Abschnitt 14.1). Österreich war in diesem Zusammenhang vor allem auch von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Euro-Staatsschuldenkrise betroffen, die vor allem in den Jahren 2011 bis 2013 gipfelte. Ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit entsteht gemeinhin erst ab einem BIP-Wachstum von deutlich über 2%. Im Zuge dieser Wirtschaftsentwicklung war auch im September 2014 mit knapp über 290.000 Arbeitslosen noch keine Trendumkehr in Aussicht.

Der krisenbedingte Anstieg bei der Arbeitslosigkeit betraf zunächst vor allem den Produktionssektor, was vor allem auf die vorübergehend starken Einbrüche in der Exportwirtschaft im Jahr 2009 zurückzuführen ist; als Überbrückungsmaßnahme wurde u.a. die Kurzarbeit ausgeweitet. Spätestens seit Ende 2010 ist in der

Gesamtbetrachtung mehrheitlich der Dienstleistungssektor betroffen. Diese strukturelle Verschiebung spiegelt sich auch in der Betroffenheit nach dem Geschlecht wider: Waren 2009 noch fast doppelt so viele Männer wie Frauen vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen, verringerte sich der Unterschied bis zum August 2014 auf unter 20 Prozentpunkte.

In Bezug auf die Altersgruppen ist festzustellen, dass zunächst ab dem Krisenjahr 2009 vor allem die junge Generation der 15- bis 24-Jährigen überproportional vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen war. Im Zeitverlauf und in der Gesamtbetrachtung wechselte diese altersspezifische Gefährdung: Waren 2010 Personen im Erwerbsalter zwischen 25 und 54 Jahren vom Gesamtzuwachs seit 2008 am stärksten betroffen, sind dies in den letzten Jahren zunehmend die älteren ArbeitnehmerInnen zwischen 55 und 64 Jahren (siehe Tabelle „Arbeitslosigkeit – Vergleichsmonat August 2008-2014“).

Arbeitslose - Vergleichsmonat August 2008-2014

	Insgesamt, jeweils Vergleichsmonat August				Veränd. Aug. 14 zum Aug. 08 in %		
	2008	2009	2010	2014	Frauen	Männer	Insges.
Produktionssektor	33.119	52.285	39.424	49.324	+23,1%	+60,0%	+48,9%
Dienstleistungssektor	140.178	175.487	168.599	226.985	+52,6%	+72,9%	+61,9%
Sonstige (inkl. Primärsektor)	10.632	11.031	10.375	16.012	+48,4%	+53,2%	+50,6%
15-24 Jahre	31.852	41.250	37.842	43.623	+25,3%	+48,5%	+37,0%
25-54 Jahre	133.510	175.832	159.238	211.265	+48,7%	+68,6%	+58,2%
55-64 Jahre	18.395	21.557	21.151	37.199	+118,6%	+94,4%	+102,2%
Gesamtsumme¹⁾	183.929	238.803	218.398	292.321	+49,2%	+68,6%	+58,9%
davon AusländerInnen ²⁾	29.744	41.182	38.027	69.771	+131,2%	+137,4%	+134,6%

Quelle: AMS DWH

¹⁾ inkl. über 64-Jährige

²⁾ Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft

Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Ein deutlicher Hinweis auf sich verstärkende Arbeitsmarktprobleme ist im Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit seit dem Jahr 2008 zu sehen: Dieses Konzept beinhaltet jene Personen, die über ein Jahr arbeitslos oder auf Lehrstellensuche sind. Auch (AMS-)SchulungsteilnehmerInnen sind enthalten und erst eine längere Unterbrechung von über 62 Tagen (z.B. aufgrund von Erwerbstätigkeit oder einer längeren Krankheit) beendet Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Seit dem Zeitpunkt vor Eintritt der Krise kam es zu mehr als einer Verdopplung der langzeitbeschäftigungslosen Personen. Im August des Jahres 2014 wurde im Vergleich zum selben Zeitpunkt des Jahres 2008 ein Zuwachs von rd. 150% (+51.000 Personen) ausgewiesen; im August 2014 waren über 85.000 Menschen langzeitbeschäftigungslos. Die stärksten Anstiege betreffen hier Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren wie auch die jüngste Bevölkerungsgruppe zwischen 15 und 24 Jahren. Vom Gesamtanstieg seit 2008 sind Männer um ca. 20 Prozentpunkte stärker betroffen als Frauen.

Diese Kategorie macht deutlich, dass sich die Situation vieler Menschen, die bereits vor Eintritt der Krise große Schwierigkeiten bei der langfristigen Einbindung ins Erwerbsleben hatten, auch in den letzten Jahren nicht verbessert hat. Da sich in dieser Bevölkerungsgruppe viele Niedrigqualifizierte sowie auch Personen mit gesundheitlichen Problemen befinden, gestaltet sich deren Wiedereingliederung gerade während einer angespannten Arbeitsmarktlage kompliziert. Die erfolgreiche Bekämpfung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit stellt daher derzeit eine der schwierigsten Herausforderungen dar.

EU-Vergleich: Situation in Österreich wesentlich besser

Trotz dieser im Zeitverlauf besorgniserregenden Situation auf dem heimischen Arbeitsmarkt gehört Österreich zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit innerhalb der EU. Auch die Veränderung zwischen den Jahresdurchschnittswerten 2008 und 2013 liegt mit 1,1 Prozentpunkten deutlich unter dem EU-Durchschnitt (+3,8%-Punkte). Die letztverfügbaren Daten bestätigen diese im EU-Vergleich günstigere Position: Österreichs Arbeitslosigkeit ist auch im September 2014 mit 5,1% Arbeitslosigkeit halb so niedrig wie der Durchschnitt aller 28 EU-Staaten (10,1%). In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass nicht nur jene stark von der letzten Krise betroffenen Staaten wie Griechenland oder Spanien deutlich höhere Arbeitslosenquoten aufweisen (siehe Grafik „Arbeitslosigkeit im EU-Vergleich“), sondern auch strukturell mit Österreich vergleichbare Staaten wie Finnland (8,7%), Belgien (8,5%) und Schweden (7,7%) fünf Jahre nach der Krise deutlich ungünstigere Arbeitsmarkt-Situationen vorweisen.³

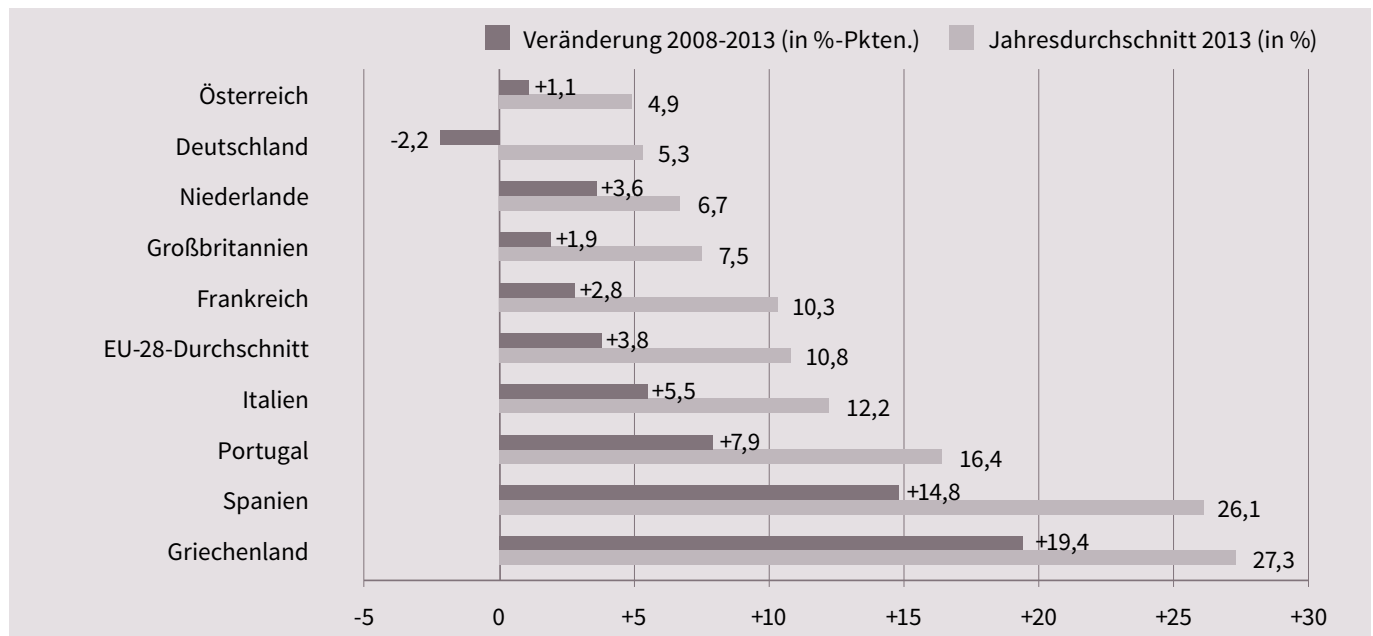
Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit lag Österreich zuletzt mit rd. 8% (August 2014) nach Deutschland an zweitbesten Stelle innerhalb der EU. Dieser Erfolg in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist nicht zuletzt auf spezifische arbeitsmarktpolitische Investitionen (z.B. Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Jugendcoaching) zurückzuführen. Auch deshalb gilt das österreichische Modell als Vorbild für die „Youth Guarantee“-Initiative auf EU-Ebene⁴. Jugendarbeitslosenquoten über 50% in Griechenland und Spanien sind warnende Beispiele, vor welchen Herausforderungen junge Menschen in Europa stehen. Die traditionelle Ausrichtung des österreichischen Sozialstaats

³ www.sozialministerium.at > Aktuelle Arbeitsmarktdaten

⁴ Informationen zur EU-Initiative: www.ec.europa.eu/social/youthguarantee

auf eine starke Säule zielgruppenspezifischer aktiver Arbeitsmarktpolitik hat sich im europäischen Vergleich gleich als wirksame Zukunftsinvestition erwiesen.

Arbeitslosigkeit im EU-Vergleich 2008-2013 (ausgewählte EU-Staaten)



Quelle: Eurostat

15.2.2 Veränderte Qualität der steigenden Beschäftigung

Neben diesen negativen Trends erfolgte im Beobachtungszeitraum jedoch auch ein Anstieg der bestehenden unselbstständigen Beschäftigungsverhältnisse: Insgesamt beträgt diese Zunahme seit 2008 in etwa 100.000 Beschäftigte; Ende September 2014 waren rd. 3.500.000 Personen aktiv unselbstständig beschäftigt.

Allerdings ist der Beschäftigungsanstieg nicht mit einem Zuwachs an Vollzeitstellen gleichzusetzen: Einerseits bestehen heute mehr Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse als vor der Krise und auch die insgesamt geleistete Arbeitszeit ist heute auf einem geringeren Niveau als 2008.

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen hat die Teilzeitbeschäftigung zwischen 2008 und 2014 stark zugenommen – insgesamt um 24% (Zahlen vom 2. Quartal). Die Zahl der Vollzeit-Erwerbstätigen hat im selben Zeitraum um fast 3% abgenommen, d.h. der Beschäftigungszuwachs ist v.a. auf einen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Dieselbe Dynamik lässt sich bei der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit nachweisen: Während das Vollzeit-Arbeitsvolumen zwischen 2008 und 2014⁵ um insgesamt 9% zurückgegangen ist, kam es beim Teilzeit-Volumen gleichzeitig zu einem deutlichen Anstieg von 19%. In der Gesamtbetrachtung ist darüber hinaus festzustellen, dass fünf Jahre nach Beginn der Krise noch immer um fast 6% weniger Arbeitsstunden geleistet wurden.

⁵ Zahlen jeweils vom 2. Quartal

Entwicklung der Beschäftigung nach Voll- und Teilzeit, unselbstständige Erwerbstätige (in Tsd.)

	2. Quartal 2014			Veränderung 2008-2014		
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
Vollzeit	2.632	929	1.703	-2,8%	-1,9%	-3,2%
Teilzeit	1.023	844	178	+23,9%	+19,9%	+47,1%

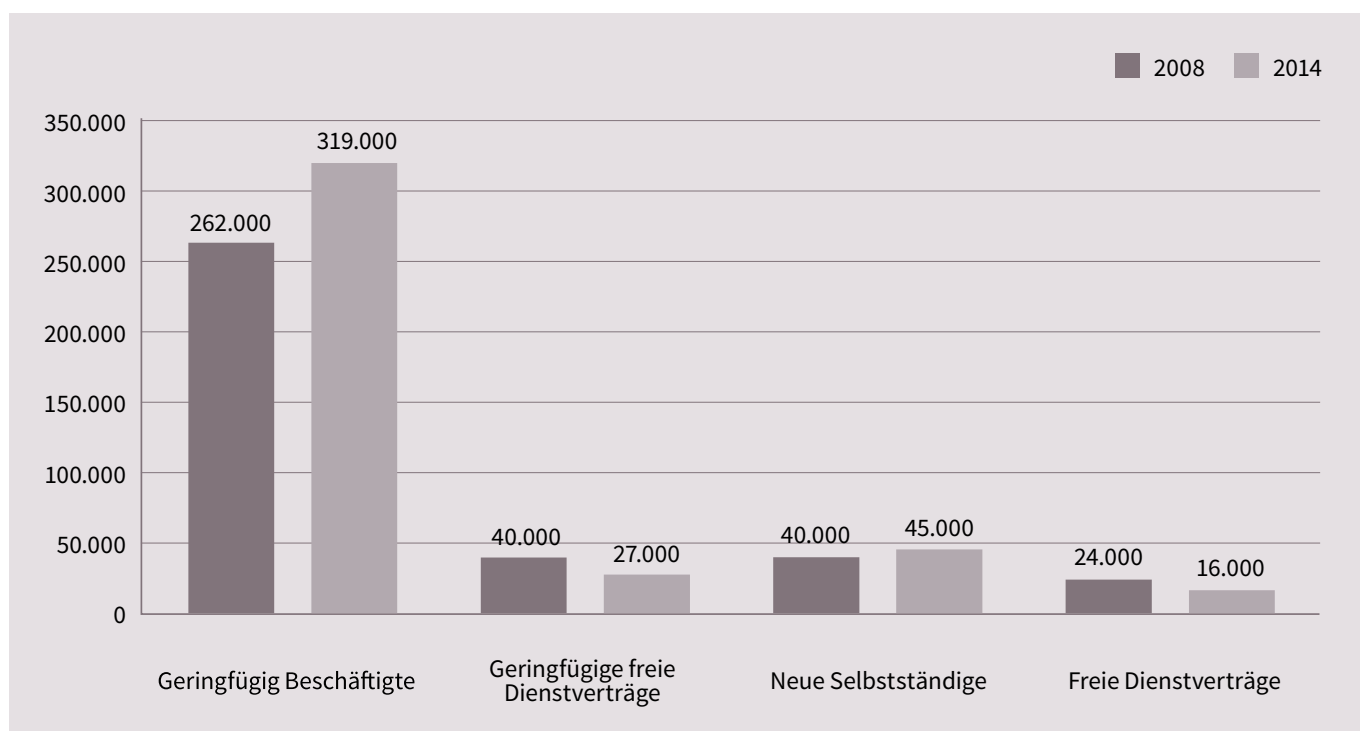
Quellen: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Arbeitsvolumen der unselbstständigen Erwerbstätigen in der Haupttätigkeit, Summe in Mio. Stunden

	2. Quartal 2014			Veränderung 2008-2014		
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
Insgesamt	1.452	597	856	-5,7%	-2,1%	-8,1%
Vollzeit	1.212	396	816	-9,4%	-8,8%	-9,7%
Teilzeit	240	201	39	+19,0%	+14,8%	+47,6%

Quellen: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Flexible (atypische) Beschäftigung 2008-2014¹⁾



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

¹⁾ August-Werte, auf Tsd. gerundet

Geringfügige Beschäftigung nimmt zu – Rückgang bei den Freien Dienstverträgen

Ein weiterer Aspekt in Bezug auf die Beschäftigungssituation in Österreich ist die Inanspruchnahme bestimmter atypischer und flexibler Beschäftigungsformen. Das Sozialdaten-Monitoring des Sozialministeriums beobachtet seit 2009 insgesamt vier Ausprägungen: Geringfügige Beschäftigung, Freie Dienstverträge, Geringfügige freie Dienstverträge und sogenannte „Neue Selbstständige“.

Während die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und jene der Neuen Selbstständigen deutlich angestiegen ist, kam es bei den Freien Dienstverträgen (sowohl über als auch unter der Geringfügigkeitsgrenze) zu einem kontinuierlichen Rückgang.

Da der monatliche Höchstbetrag eines geringfügigen Einkommens auch als Zuverdienstgrenze bei verschiedenen Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) sowie auch beim Bezug einer vorzeitigen Pensionsleistung oder Korridor pension herangezogen wird, ist ein Zusammenhang des Anstiegs auch vor dem Hintergrund der Einkommensaufbesserung zu sehen. Im Zuge einer Befragung wurde ersichtlich, dass jeweils rd. 10% der geringfügig Beschäftigten dieses Einkommen in der Arbeitslosigkeit bzw. neben einer Teilzeitbeschäftigung erwerben.⁶ Vor diesem Hintergrund kann der Anstieg bei dieser atypischen Beschäftigungsform sowohl auf Arbeitsmarktentwicklungen als auch auf Veränderungen im Bereich der Beschäftigungsstruktur (v.a. auf die steigende Teilzeitquote) zurückgeführt werden.

15.2.3 Trotz Krise: Weiterer Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung

In der langfristigen Betrachtung ist vor allem die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen ein wichtiger Faktor: Während die weibliche Beschäftigungsquote in der Altersgruppe zwischen 20 und 64 Jahren im Jahr 1995 61% betragen hat, kam es bis zum Jahr 2013 zu einem Anstieg um 10 Prozentpunkte auf 71%. Die Teilzeitquote der Frauen lag wiederum zuletzt im Jahr 2014 bei 47% und jene der Männer bei nur rd. 10%, wobei bei beiden eine steigende Tendenz festzustellen ist.

Zwischen 2008 und 2013 ist insgesamt ein Zuwachs bei den unselbstständigen Erwerbstätigen um 92.000 Personen festzustellen. Der Anstieg setzt sich in diesem Zeitraum allerdings einerseits aus einem Rückgang bei den Vollzeit-Beschäftigten um 48.000 Personen und andererseits aus einem Zuwachs der Teilzeit-Beschäftigten um 140.000 Personen zusammen. Dieser Trend weist sowohl in Bezug auf das Niveau als auch hinsichtlich des Entwicklungsausmaßes geschlechtsspezifische Unterschiede auf.

Wie in nachfolgender Tabelle abzulesen ist, stieg die Anzahl der unselbstständig erwerbstätigen Männer seit 2008 mit 0,1% nur sehr geringfügig an und dieser Zuwachs von 1.700 Personen betraf allein Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse, während bei den Vollzeit-Stellen der Männer seit 2008 ein Rückgang von 2% festzustellen ist.

Bei den Frauen kam es zu einem deutlich größeren Beschäftigungszuwachs von 90.500 Personen, dieser teilt sich aber auf einen Rückgang von 13.300 weiblichen Vollzeit-Erwerbstätigen und einen Zuwachs von

⁶ vgl. Riesenfelder, Schelepa, Wetzel: *Geringfügige Beschäftigung in Österreich; Sozialpolitische Studienreihe – Band 9, Wien 2011* (www.sozialministerium.at > Service > Broschürens service)

104.000 teilzeiterbstätigen Frauen auf. In absoluten Zahlen zeigt sich somit, dass 98% des gesamten Beschäftigungszuwachses seit 2008 (teilzeitbeschäftigte) Frauen betreffen.

Entwicklung unselbstständige Erwerbstätige 2008-2013, nach Voll-/Teilzeit und Geschlecht

	Unselbstständig Erwerbstätige im Jahr 2013	Gesamtentwicklung		Vollzeit-Erwerbstätige		Teilzeit-Erwerbstätige	
		Veränd. seit 2008		Veränd. seit 2008		Veränd. seit 2008	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	3.620.200	+92.200	+2,6%	-47.900	-1,8%	+140.100	+17,1%
Männer	1.875.800	+1.700	+0,1%	-34.700	-2,0%	+36.300	+29,7%
Frauen	1.744.400	+90.500	+5,5%	-13.300	-1,4%	+103.800	+14,9%

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Zusammenfassend ist daher festzuhalten: Der Beschäftigungszuwachs zwischen 2008 und 2013 von insgesamt 92.200 Personen betrifft nur Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse; bei den Vollzeit-Stellen kam es zu einem Rückgang von 48.000 Personen (-2%). Der Zuwachs bei den unselbstständigen Beschäftigungsverhältnissen seit 2008 ergab sich – trotz gestiegener Arbeitslosigkeit – fast zur Gänze dadurch, dass zusätzlich knapp über 100.000 Frauen in Teilzeit beschäftigt wurden.

15.3 Verhaltene Einkommensentwicklung seit 2008

Bei der Analyse der Einkommensentwicklung und -verteilung wird einerseits unterschieden, ob der jeweilige Haushalt als Analyseeinheit herangezogen wird oder ob sich der Fokus auf individuelle Einkommen richtet. Die steigende Teilzeitbeschäftigung kann sich auf die Haushaltseinkommen insgesamt positiv auswirken und dennoch aus der Perspektive des Einzelnen einen Trend in Richtung unzureichender Einkommensverhältnisse beschreiben. Zusätzliche Einkommen wurden in den letzten Jahrzehnten in Mehrpersonenhaushalten vor allem aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen – vorwiegend in Form von Teilzeitbeschäftigung – lukriert.

Eine weitere Perspektive bezieht sich auf das gesamte Volkseinkommen, das sich aus zwei Komponenten zusammensetzt, nämlich der Summe der

- Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie
- der Löhne und Gehälter.

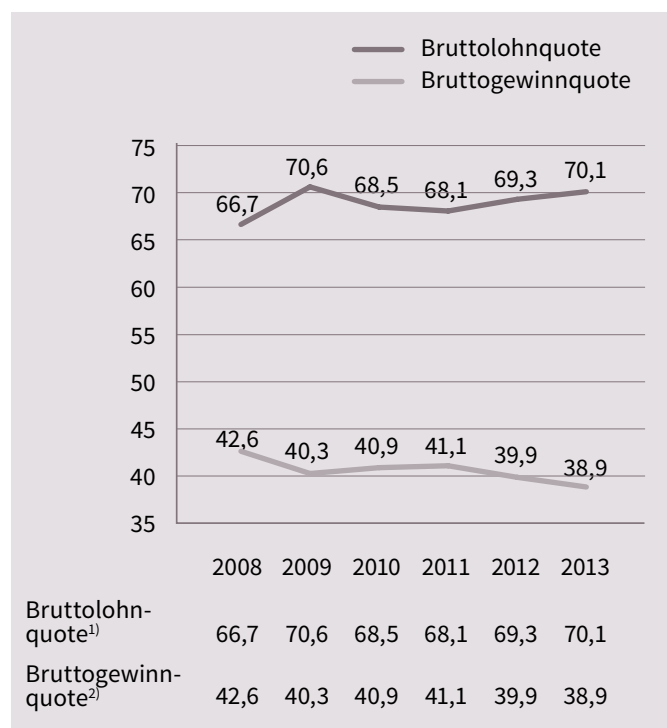
Diese Betrachtungsweise bezieht sich auf die sogenannte „funktionale Verteilung“ der Einkommen. Die Entwicklung dieses Verhältnisses beschreibt, wie sich die Löhne in ihrer Gesamtheit in Bezug auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickelt haben. Auch diesbezügliche Ergebnisse haben hohe Relevanz für Aussagen zur Verteilungsgerechtigkeit und zur Funktionsweise der Volkswirtschaft. Eine der Ursachen der internationalen Finanzkrise ab 2007 war das sehr starke Ansteigen der Vermögenserträge im Vorfeld.

15.3.1 Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Krise unterbricht Anstieg

Das gesamte Volkseinkommen besteht aus den Entgelten von ArbeitnehmerInnen und aus Unternehmens- und Vermögenserträgen. Aus der längerfristigen Perspektive betrachtet nimmt der Lohnanteil am

Volkseinkommen – die Lohnquote⁷– deutlich ab. Lag die Bruttolohnquote Ende der 1980er Jahre noch bei 75%, kam es bis knapp vor Eintritt der Krise 2007 zu einem Absinken um 9 Prozentpunkte auf 66%. Dieser Trend wurde jedoch ab dem Krisenjahr 2009 unterbrochen.

Entwicklung der Bruttolohn- und Gewinnquote in Österreich 2008-2013¹⁾



Quellen: Statistik Austria, WIFO

¹⁾ bereinigt um die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur zum Zeitpunkt des Basisjahres 1995

²⁾ Bruttobetriebsüberschuss der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in Relation zur sektoralen Bruttowertschöpfung

Der Grund für den Anstieg der Lohnquote seit 2008 liegt im kurzfristigen Einbruch der Unternehmens- und Vermögenserträge im Jahr 2009 sowie in den konjunkturellen Flauten der letzten Jahre in Folge der

Euro-Staatsschuldenkrise 2012/13. Die Bruttolohnquote stieg laut Statistik Austria von 66,7% im Jahr 2008 deutlich auf 70,6% im Jahr 2009 und verblieb mit konjunkturellen Schwankungen bis 2013 knapp auf diesem Niveau.

Die Lohnquote ist trotz des Anstiegs seit 2008 im Jahr 2013 deutlich unter jenem Wert vor 30 Jahren. Ursachen für den langfristig sinkenden Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sind vor allem steigende Arbeitslosigkeit, das Anwachsen atypischer und prekärer Beschäftigung, der intensivere internationale Wettbewerb und die daraus resultierenden eingeschränkten Spielräume bei den Lohnverhandlungen, aber auch Veränderungen bei den Qualifikationsanforderungen. Konsequenzen dieser Entwicklung ergeben sich nicht zuletzt für die Finanzierung der sozialstaatlichen Leistungen, da in Österreich lohnbezogene Sozialabgaben diesbezüglich eine wichtige Rolle spielen.

15.3.2 Höhere Steuer- und Sozialabgabenbelastung unselbstständiger Einkommen

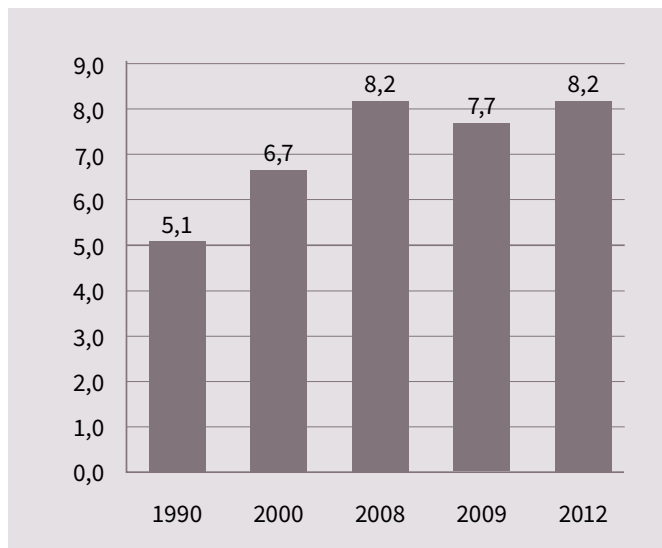
Auch das Verhältnis der Abgabenbelastung auf die beiden Formen des Volkseinkommens hat sich langfristig verändert: Die Nettolohnquote beschreibt den Anteil der Gesamtheit der Nettolöhne und –gehälter am Volkseinkommen nach Abzug aller Sozialabgaben sowie auch der direkten Steuern auf Gewinn- und Vermögenserträge.

Da die Nettolohnquote niedriger ist als die Bruttolohnquote, zeigt dies, dass die Abgabenbelastung auf den Faktor Arbeit höher ist als die Belastung von Gewinn- und Vermögenserträgen. Der Unterschied hat sich im

⁷⁾ Hier bereinigt um die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur zum Zeitpunkt des Basisjahres 1995; aus den Bruttoeinkommen der unselbstständigen Beschäftigten errechnet.

langfristigen Zeitraum vergrößert: Betrug die Differenz im Jahr 1990 noch 5 Prozentpunkte, lag sie kurz vor dem Eintritt der Krise 2007 bei fast 9 Prozentpunkten.

Entwicklung der Differenz zwischen Brutto- und Nettolohnquote, in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria

Im Krisenjahr 2009 kam es vorübergehend zu einem leichten Rückgang auf 7,7 Prozentpunkte – dieser ist zum einen auf Auswirkungen des Konjunkturreinbruchs zurückzuführen, zum anderen aber auch auf konjunkturstützende Maßnahmen der Bundesregierung (z.B.

Steuerreform 2009, die eine Tarifentlastung unselbstständiger Einkommen enthielt). Seit 2010 beträgt die Differenz zwischen Brutto- und Nettolohnquote (bereinigt und unbereinigt) wieder knapp über 8 Prozentpunkte (siehe Abschnitt 12.1.1 im Kapitel „Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich“).

15.3.3 Teilzeit und Arbeitslosigkeit: Zuwachs niedriger individueller Einkommen

Da bei den Individualeinkommen ein deutlicher und langfristiger Trend in Richtung Teilzeitbeschäftigung besteht, entwickeln sich die Anteile der unteren Einkommensgruppen am steuerpflichtigen Jahreseinkommen dementsprechend rückläufig: Während das unterste Fünftel der lohnsteuerpflichtigen EinkommensbezieherInnen Ende der 1970er Jahre noch einen 5%-Anteil an den Gesamteinkommen lukrierte, lag der Anteil 2012 bei nur 1,9% (vgl. Abschnitt 12.2.3). Die Lohnsteuerstatistik basiert auf den jährlichen Einkommen der unselbstständig Beschäftigten. In den beiden niedrigsten Fünfteln der Bruttoeinkommen befinden sich aufgrund dieser Entwicklung mittlerweile fast keine ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen, sondern fast ausschließlich unselbstständig Beschäftigte, die während des Jahres eine Periode der Arbeitslosigkeit durchlebten bzw. teilzeitbeschäftigt sind.

Entwicklung der Bruttojahreseinkommen¹⁾ (unselbstständig Erwerbstätige) 2008-2012, in EUR

	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2008-12 in %
Unterstes Einkommensviertel ²⁾	11.375	11.237	11.213	11.087	11.227	-1,3%
Medianeinkommen	24.253	24.449	24.516	24.843	25.373	+4,6%
Dritthöchstes Einkommensviertel ³⁾	37.102	37.601	37.974	38.470	39.450	+6,3%

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten

¹⁾ ohne Lehrlinge

²⁾ 25% der Bevölkerung verfügen über Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten

³⁾ 75% der Bevölkerung erzielen Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten

Die Grenzwerte im untersten Einkommensviertel sind seit 2008 mit einer Veränderung von 1,3% (v.a. unter Berücksichtigung der Inflation) deutlich gesunken. Beim Medianeinkommen und beim Grenzwert des dritthöchsten Einkommensviertels kam es im Vergleichszeitraum seit der Krise hingegen zu kontinuierlichen Steigerungen von insgesamt rd. 5% bzw. 6%, die aber auch unter der Inflationsentwicklung lagen.

Wie im Kapitel 12 „Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich“ dargestellt wird, stieg in den letzten Jahren allerdings auch der Anteil der vollzeitbeschäftigten NiedriglohnbezieherInnen an (der Stundenlohn ist um mindestens ein Drittel geringer als der Medianstundenlohn): Betrug dieser Anteil im Jahr 2000 noch 14%, wuchs er bis 2012 auf 16% an. Von diesem Anstieg besonders betroffen waren junge Männer zwischen 25 und 34 Jahren: Hier betrug der Anstieg im selben Vergleichszeitraum 5 Prozentpunkte auf zuletzt 12% (vgl. Abschnitt 12.2.4).

15.3.4 Geschlechtsspezifischer Einkommensunterschied hoch, aber rückläufig

Die geschlechtsspezifische Verteilung der Einkommen weist hingegen auf einen Nachholbedarf in Österreich hin: Seit 2008 hat sich der geschlechtsspezifische Lohnunterschied zwar um fast zwei Prozentpunkte auf 23,4%⁸ im Jahr 2012 reduziert und auch der Abstand zum EU-Durchschnitt (16,5%) ist in diesem Zeitraum um einen Prozentpunkt zurückgegangen, liegt jedoch immer noch bei etwa sieben Prozentpunkten. Die Gründe für diese einkommensbezogene Schlechterstellung der Frauen sind vielfältig:

Zum einen ergeben sich aus der deutlich höheren Frauen-Teilzeitquote auch niedrigere Bruttostundenverdienste, da sich diese Positionen zudem häufiger in Branchen befinden, in welchen niedrigere Einkommen gezahlt werden. Als weitere Gründe sind geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Arbeitsplatzwahl zu nennen. Die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit liegt zumeist an der verstärkten Übernahme von Verpflichtungen in Bezug auf familiäre Arbeit (wie z.B. Betreuung und Pflege) durch Frauen.⁹

15.3.5 Steigende Pro-Kopf-Haushaltseinkommen in Österreich

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den individuellen Lohneinkommen kam es beim mittleren Nettohaushaltseinkommen seit 2008 zu einem geringfügigen realen Anstieg¹⁰: Insgesamt wuchs das Pro-Kopf-Nettojahreseinkommen laut Eurostat bis zum Jahr 2013 um 2.700 EUR auf 22.000 EUR an. Dies bedeutet einen Anstieg von 13,7%, welcher somit auch über der Inflationsrate liegt.

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg ist in der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erkennen, selbst wenn sich diese überwiegend in Teilzeitbeschäftigung ausdrückt. Es wird aber auch die einkommensstützende Funktion des Sozialstaats wirksam, da die – je nach Haushaltskonstellation zustehenden – Sozialleistungen Teil dieses verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens sind.

Auch im EU-Vergleich stellt sich diese Entwicklung als günstig dar: Im Euroraum wurde durchschnittlich ein um die Hälfte geringerer Anstieg von 6,4% erreicht, der

⁸ in Prozent der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der männlichen Beschäftigten

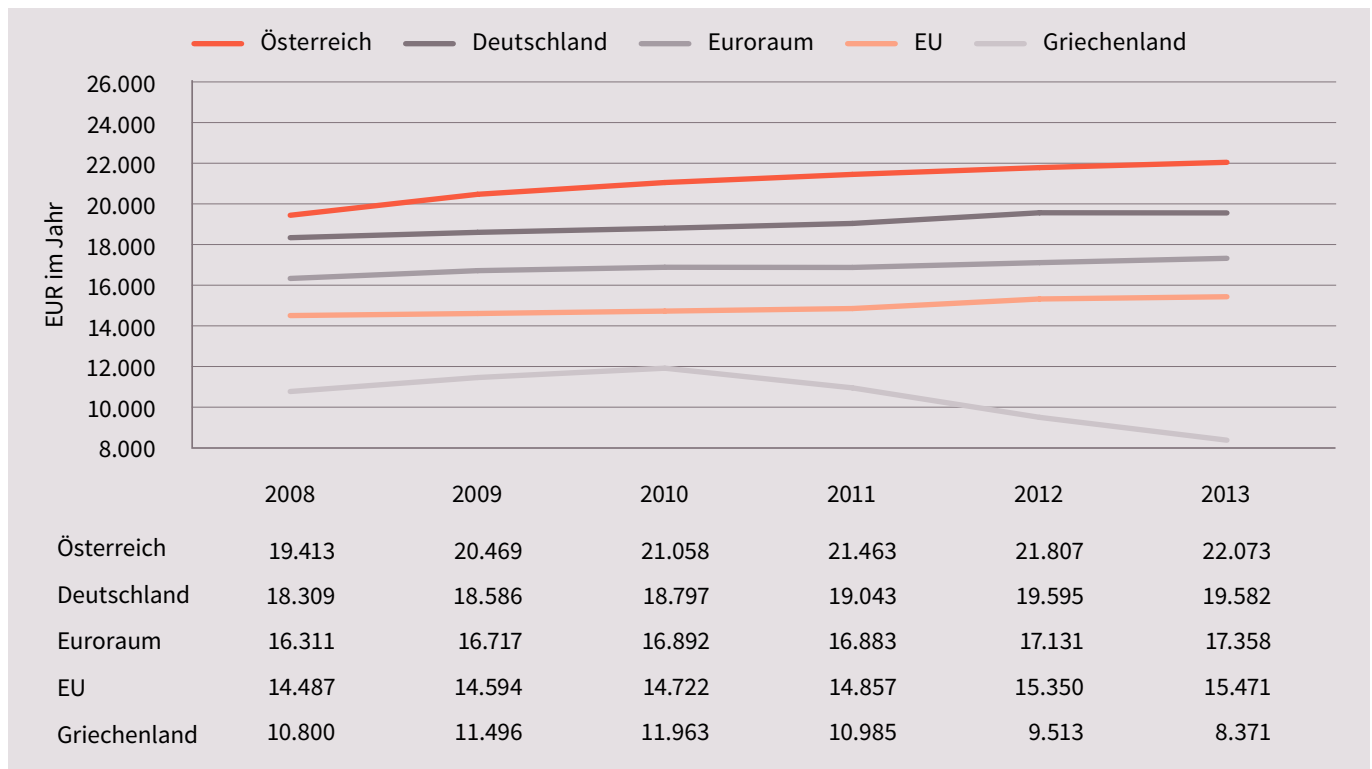
⁹ vgl. Geisberger/Glaser: Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede – Analysen zum „Gender Pay Gap“ (www.statistik.at > Statistiken > Soziales > Gender-Statistik > Weitere Informationen)

¹⁰ medianes Äquivalenzgesamtnettoeinkommen; Daten basieren auf der EU-SILC-Erhebung

unterhalb der Inflationsentwicklung liegt. In einigen Ländern konnte selbst das nominelle Niveau von 2008 bis zuletzt noch nicht wiedererreicht werden (wie in der folgenden Grafik z.B. an der besonders kritischen Situation in Griechenland abzulesen ist). Die Gründe

für sinkende Pro-Kopf-Realeinkommen in diesen Ländern sind vielfältig: Kürzungen bei den Sozialleistungen im Zuge budgetärer Konsolidierungsmaßnahmen und lange Phasen hoher Arbeitslosigkeit stellen Hauptfaktoren dar.

Medianes Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen, Österreich und EU-Staaten im Vergleich 2008-2014



Quelle: Eurostat, EU-SILC

Allerdings verteilte sich der Einkommenszuwachs in Österreich nicht gleichmäßig über alle Haushalte. Die längerfristige Perspektive zeigt eine wechselhafte Entwicklung: Während die Einkommensungleichheit im Verlauf der 1990er Jahre rückläufig war, stieg sie kurz nach der Jahrtausendwende bis vor Eintritt der Krise an und das reichste Einkommensfünftel profitierte stärker als die unteren drei Fünftel. Nach dem Konjunkturunbruch 2009 wurde dieser Trend in Österreich zumindest unterbrochen (siehe Abschnitt 12.3 im Kapitel „Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich“).

15.3.6 Unterdurchschnittliche Einkommensungleichheit

Eine mögliche Form, Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen darzustellen, ist das Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen jener 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen und dem Anteil der 20% mit dem niedrigsten Einkommen: In Österreich lag dieser Faktor zwischen 2008 und 2013 annähernd konstant etwa beim Wert 4. Damit liegt dieser Wert um fast genau einen Punkt unter dem EU-Durchschnitt, der konstant beim Wert 5 liegt.

Einkommensungleichheit¹⁾

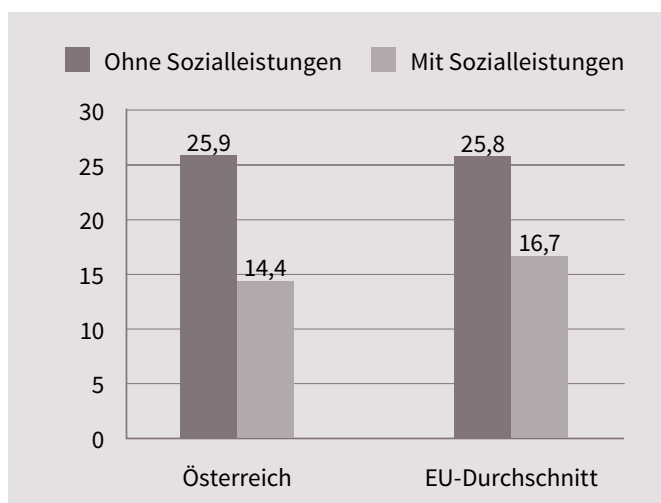
	2008	2010	2013	2008-13 in %-Pkten.
Österreich	4,2	4,3	4,1	-0,1
EU	5,0	5,0	5,0	0,0
Euroraum	4,9	5,0	5,0	0,1

Quelle: Eurostat

¹⁾ Einkommensquintilsverhältnis: Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil).

Im europäischen Vergleich befindet sich Österreich unter jenen europäischen Ländern, welche auf Haushaltsebene eine niedrige ungleiche Einkommensverteilung aufweisen (z.B. gemeinsam mit Schweden, Finnland und Tschechien). Zum anderen ist die Einkommensungleichheit in Österreich seit der Krise zu keinem Zeitpunkt stark angestiegen, anders als etwa in Spanien oder in Dänemark, wo seit 2008 eine deutliche Verschlechterung eingetreten ist.

Armutsgefährdungsquote (in %) ohne/nach Berücksichtigung der Sozialleistungen – Österreich und EU, 2013



Quelle: Eurostat

Außerdem befindet sich Österreich unter jenen Ländern der EU, in welchen Steuern und Sozialleistungen Einkommensungleichheit stark reduzieren, während in anderen Ländern die umverteilende Wirkung dieser staatlichen Instrumente weniger ausgeprägt ist: Wurde in Österreich die Armutsgefährdung durch Sozialleistungen im Jahr 2013 um 44% reduziert, lag diese Minderung im EU-Durchschnitt bei nur 35%.

Die Berechnungen lassen jedoch das in Österreich breit ausgebaute und allgemein zugängliche Netz an Sachleistungen des Sozialstaats (v.a. im Gesundheits-, Pflege und Bildungsbereich) unberücksichtigt, da sich eine geeignete Bewertung dieser Leistungen schwierig gestaltet. Dessen ungeachtet entlasten diese Leistungen, die in etwa 30% der gesamten Sozialausgaben ausmachen, nicht zuletzt die Einkommenssituation armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen, da private Zuzahlungen nur in Ausnahmefällen zu leisten sind. Damit werden einerseits die verfügbaren Einkommen gestützt und zum anderen wird ein gerechter Zugang zu den wichtigsten Leistungen des Sozialstaats gesichert.

15.3.7 Antizyklischer Verlauf bei Produktivität und Lohnkostenentwicklung

Die Lohnstückkosten setzen die Entwicklung der Kosten für Löhne und Gehälter in ein Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. In der Folge ist abzulesen, ob sich die ArbeitnehmerInnenentgelte parallel zur Produktivität entwickeln oder nicht.

Die Entwicklung in Österreich zeigt, dass die Lohn- und Beschäftigungspolitik der Sozialpartner einen antizyklischen Verlauf verfolgt: Während vor der Krise 2005 bis 2008 ein leichter Rückgang der Lohnstückkosten zu beobachten ist, steigen sie aufgrund des Konjunkturerinbruchs 2009 an. Das heißt, während in

Nichtkrisenzeiten eine eher zurückhaltende Lohnpolitik betrieben wird, ist in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Beschäftigungsabbau in Österreich zurückhaltender als im EU-Durchschnitt.

Bis zum Jahr 2013 kam es in Österreich seit 2008 im Vergleich zur EU zu einem geringfügig höheren Anstieg der Lohnstückkosten:

Entwicklung der realen Lohnstückkosten im Vergleich (2005 = 100)

	2007	2008	2009	2011	2013	2014
Österreich	97,8	99,5	102,9	100,4	102,4	101,7
EU-28	98,1	99,4	102,6	100,4	100,7	100,2
Eurozone	97,9	99,7	103,0	101,2	101,5	101,0

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission

15.3.8 Kontinuierliche Zunahme von Zahlungsstörungen bei Privatkrediten

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einkommensentwicklung und den tatsächlichen finanziellen Problemen. Die Daten des Kreditschutzverbandes zeigen, dass sich die Anzahl der KreditnehmerInnen mit massiven Zahlungsstörungen seit dem Krisenjahr 2009¹¹ bis 2014 um 12% auf 163.000 Personen und die Zahl der Zahlungsstörungen um 15% auf fast 500.000 Fälle erhöht hat.

Die höchsten Steigerungsraten ergaben sich zwischen den Jahren 2009 und 2010, zwischen September 2012 und demselben Zeitpunkt 2014 kam es hingegen zu einem leichten Rückgang. Da massive Zahlungsprobleme zumeist verzögerte Reaktionen auf eingetretene soziale Risiken (wie z.B. Arbeitslosigkeit) darstellen, nachdem finanzielle Reserven aufgebraucht wurden, werden in dieser Entwicklung krisenbedingte Folgen erkennbar.

Zahlungsstörungen bei Privatkrediten¹⁾ (unselbstständig Erwerbstätige) 2008-2012, in EUR

	2009	2010	2012	2014	Veränderung 2009-14 in %
Personen mit massiven Zahlungsstörungen ²⁾	146.000	152.000	166.000	163.000	+12%
Zahl der Zahlungsstörungen ³⁾	427.000	440.000	497.000	492.000	+15%

Quelle: KleinKreditEvidenz des Kreditschutzverbandes 1870

¹⁾ auf Tausend gerundet; Vergleichsmonat: September

²⁾ „Zahlungsstörungen“ = Klagen, Fälligstellungen von Krediten etc.

³⁾ eine Person weist häufig mehrere Zahlungsstörungen auf

¹¹ Aufgrund eines Datenbruchs kann hier kein Vergleich mit 2008 hergestellt werden.

15.4 Der Sozialstaat als Krisenfeuerwehr: Wirkung der Sozialleistungen

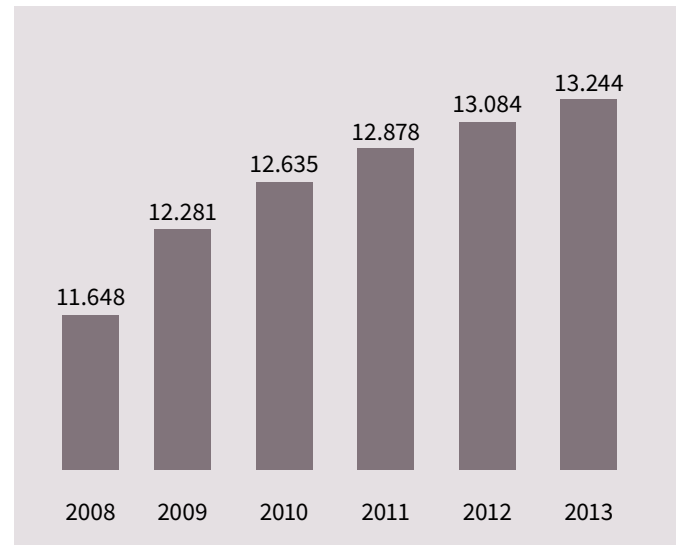
Sozialstaatliche Leistungen sind unabdingbar bei der Abfederung und Überwindung krisenbedingter sozialer Auswirkungen. Sowohl im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise als auch danach wurde diese stabilisierende Funktion ersichtlich (siehe auch Abschnitt 14.3.4 im Kapitel „Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich“).

15.4.1 Keine Zunahme bei Armutsgefährdung trotz höherer Armutsgrenze

Die Armutsgefährdungsquote blieb in Österreich zwischen den Jahren 2008 und 2013 weitgehend konstant und bewegte sich – innerhalb der statistischen Schwankungsbreite – zwischen 15 und 14 Prozent¹². Für die Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird das Medianeinkommen¹³ verwendet und der Haushalt als Bezugsgröße herangezogen: Die Armutsgefährdungsgrenze liegt bei 60 Prozent des Pro-Kopf-Medianeinkommens, das mit einem festgelegten Schlüssel je nach Alter und Anzahl der Haushaltsmitglieder ermittelt wird. Für einen Ein-Personen-Haushalt entwickelte sich die Armutsgefährdungsgrenze seit 2008 folgendermaßen:

Zwischen 2008 und 2013 kam es zu einem kontinuierlichen Anstieg des Schwellenwerts um insgesamt rd. 14 Prozent – dieser Anstieg liegt über der Inflationsrate und bedeutet somit auch, dass die Steigerung der Medianeinkommen der Privathaushalte in diesen Jahren über der Preisentwicklung lag. Das heißt, der Anteil armutsgefährdeter Personen hat sich nicht erhöht, obwohl der reale Armutsschwellenwert angestiegen ist.

Entwicklung der jährlichen Armutsgrenze für einen Ein-Personen-Haushalt, in EUR



Quelle: Eurostat, Stand: 29.10.2014

Die mittleren Pro-Kopf-Einkommen der armutsgefährdeten Haushalte liegen 21% unter dem Schwellenwert; 2008 lag dieser Wert bei 20%.

Europa 2020-Zielgruppe in Österreich rückläufig

Auf Ebene der Europäischen Union wurde 2010 eine zehnjährige Strategie mit insgesamt fünf Kernzielen beschlossen. Neben wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Vorhaben wurde damals erstmals auch eine Zielvorstellung im Bereich der Sozialpolitik formuliert: Bis 2020 sollen europaweit 20 Millionen Menschen weniger von Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung betroffen sein. Um dieses Ziel messbar zu machen, wurde eine Kombination aus drei Kennzahlen ausgewählt (siehe auch Abschnitt 14.2 in Kapitel „Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich“):

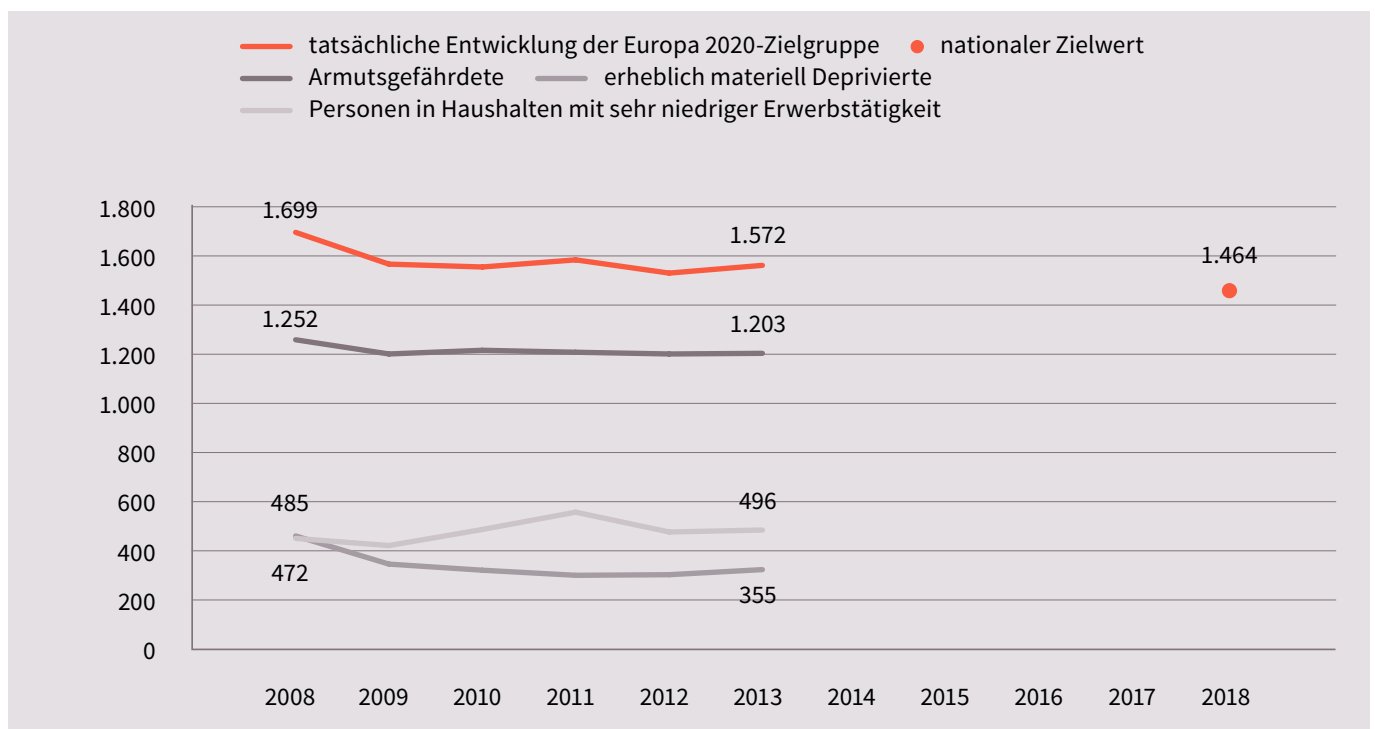
¹² Eine Änderung bei der Erhebungsmethode (Verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten) führte zu einem Datenbruch und einem um etwa 2 Prozentpunkte höheren Niveau der Armutsgefährdung im Vergleich zu früheren Veröffentlichungen; Rückrechnungen wurden bis zum Jahr 2008 durchgeführt.

¹³ Jenes Einkommen, bei dem die Hälfte der Bevölkerung weniger und die andere Hälfte mehr verdient.

- Das bereits erwähnte Merkmal „Armutgefährdung“ wurde herangezogen, um jene Personen zu erfassen, die über ein zu geringes Einkommen verfügen.
- Eine weitere Kennzahl („erhebliche materielle Deprivation“) erfasst Probleme bei der Finanzierbarkeit eines Mindestlebensstandards; relevante Ausgabenpositionen sind hier z.B. Heizkosten, Miete, Ernährung oder Reparaturen.
- Hinzu kommen jene Personen, die in Haushalten leben, in welchen das Beschäftigungsausmaß insgesamt sehr gering ist und in welchen Arbeitslosigkeit gehäuft auftritt.

In Österreich ist diese Zielgruppe seit 2008 rückläufig und bis 2013 um 1,8 Prozentpunkte auf 18,8% zurückgegangen. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zum EU-Durchschnitt, wo zwischen 2008 und 2012 ein Anstieg von einem Prozentpunkt auf fast 25% erfolgte. Der Rückgang in Österreich ist (wie in der Grafik ersichtlich) vor allem auf Verbesserungen beim Merkmal „erhebliche materielle Deprivation“ zurückzuführen, aber auch auf das in etwa gleich bleibende Niveau bei den beiden anderen Merkmalen:

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung - Entwicklung der Europa 2020-Zielgruppe in Österreich 2008-2013 (in Tsd. Personen)



Quelle: Eurostat

Seit dem auf EU-Ebene als Basisjahr festgelegten Vergleichszeitpunkt 2008 verringerte sich in Österreich die Europa 2020-Zielgruppe um insgesamt 127.000 Personen. Im Rahmen der EU-Strategie hat Österreich den nationalen Beitrag formuliert, dass bis zum Jahr

2020 235.000 weniger Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sein sollen. Demzufolge wurde bereits über die Hälfte des gesetzten Ziels erreicht.

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen, EU-Vergleich 2008-2013 (in %)

	2008	2013	Veränd. 2008-2013 in %-Punkten
EU-27¹⁾	23,8	24,4	+0,6
Belgien	20,8	20,8	+0,0
Bulgarien	44,8	48,0	+3,2
Tschechien	15,3	14,6	-0,7
Dänemark	16,3	18,9	+2,6
Deutschland	20,1	20,3	+0,2
Estland	21,8	23,5	+1,7
Irland ¹⁾	23,7	30,0	+6,3
Griechenland	28,1	35,7	+7,6
Spanien ¹⁾	24,5	28,2	+3,7
Frankreich	18,5	18,1	-0,4
Italien	25,3	28,4	+3,1
Zypern	23,3	27,8	+4,5
Lettland	34,2	35,1	+0,9
Litauen	27,6	30,8	+3,2
Luxemburg	15,5	19,0	+3,5
Ungarn	28,2	33,5	+5,3
Malta	20,1	24,0	+3,9
Niederlande	14,9	15,9	+1,0
Österreich	20,6	18,8	-1,8
Polen	30,5	25,8	-4,7
Portugal	26,0	27,4	+1,4
Rumänien	44,2	40,4	-3,8
Slowenien	18,5	20,4	+1,9
Slowakei	20,6	19,8	-0,8
Finnland	17,4	16,0	-1,4
Schweden	14,9	16,4	+1,5
Großbritannien ²⁾	23,2	24,8	-

Quelle: Eurostat

¹⁾ letzter verfügbarer bzw. vergleichbarer Wert aus dem Jahr 2012

²⁾ Zahlenbruch in der Zeitreihe; Veränderung wird nicht ausgewiesen

Wie in obiger Tabelle abzulesen ist, haben sich die nationalen Zielgruppen innerhalb der Europäischen Uni-

on sehr unterschiedlich entwickelt: In 17 EU-Mitgliedstaaten kam es zu einem signifikanten Anstieg¹⁴ der Personengruppe und nur in vier Mitgliedstaaten ist ein deutlicher Rückgang festzustellen. Griechenland, Irland und Ungarn sind jene drei Länder mit den größten Zunahmen armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen; in Polen, Rumänien und Österreich sind die höchsten rückläufigen Tendenzen feststellbar. Allerdings bestehen auch beachtliche Unterschiede bei den Größenordnungen der nationalen Europa-2020-Zielgruppen: Während im Jahr 2013 in Bulgarien 48% und in Rumänien knapp über 40% der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet waren, umfasste diese EU-Zielgruppe zum gleichen Zeitpunkt in Tschechien etwa 15% oder in den Niederlanden und Finnland rd. 16% der Gesamtbevölkerung.

15.4.2 BezieherInnen von Arbeitslosenversicherungsleistungen steigend

Der relativ starke Anstieg der Arbeitslosigkeit (siehe Abschnitt 14.2) spiegelt sich in einem entsprechenden Anstieg der Zahl von ArbeitslosenleistungsbezieherInnen wider. Im Gegensatz zu vielen europäischen Staaten wurden keine Kürzungen im Leistungsrecht vorgenommen, sodass sich die Rolle dieser Sozialleistungen als „automatische Stabilisatoren“ uneingeschränkt entfalten konnte. Allerdings ist zwischen 2008 und 2013 jener Anteil der LeistungsbezieherInnen aus der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld u. Notstandshilfe) an den vorgemerkten Arbeitslosen von 92% laut AMS um etwa einen Prozentpunkt auf 91% gesunken. Demzufolge erhöhte sich in diesem Zeitraum auch die Zahl jener arbeitslosen Personen, welche keinen Leistungsanspruch erwerben konnten.

Im Berichtszeitraum 2008 bis 2014 zeigte sich folgende Dynamik: Während zu Beginn der Krise im Jahr 2009

¹⁴ Veränderungen ab rd. einem Prozentpunkt

die Anzahl der Arbeitslosengeld-BezieherInnen stark angestiegen ist und danach eine kurze rückläufige Entwicklung eintrat, beschreibt die Entwicklung der Notstandshilfe-BezieherInnen einen kontinuierlich steigenden Verlauf, wobei in diesem Zusammenhang auch auf den in Abschnitt 14.2.2 dargestellten Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit hinzuweisen ist.

Der fortlaufende Anstieg bei den durchschnittlichen Leistungshöhen zeigte unter anderem, dass vermehrt auch BezieherInnen höherer Einkommen mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Zudem spiegelt sich hier auch der Ausbau mindestsichernder Elemente im Arbeitslosenversicherungsrecht wider (v.a. bei der Notstandshilfe).

Entwicklung LeistungsbezieherInnen aus der Arbeitslosenversicherung und durchschnittliche Höhe des Leistungsbezugs im Vergleichsmonat Juni¹⁾

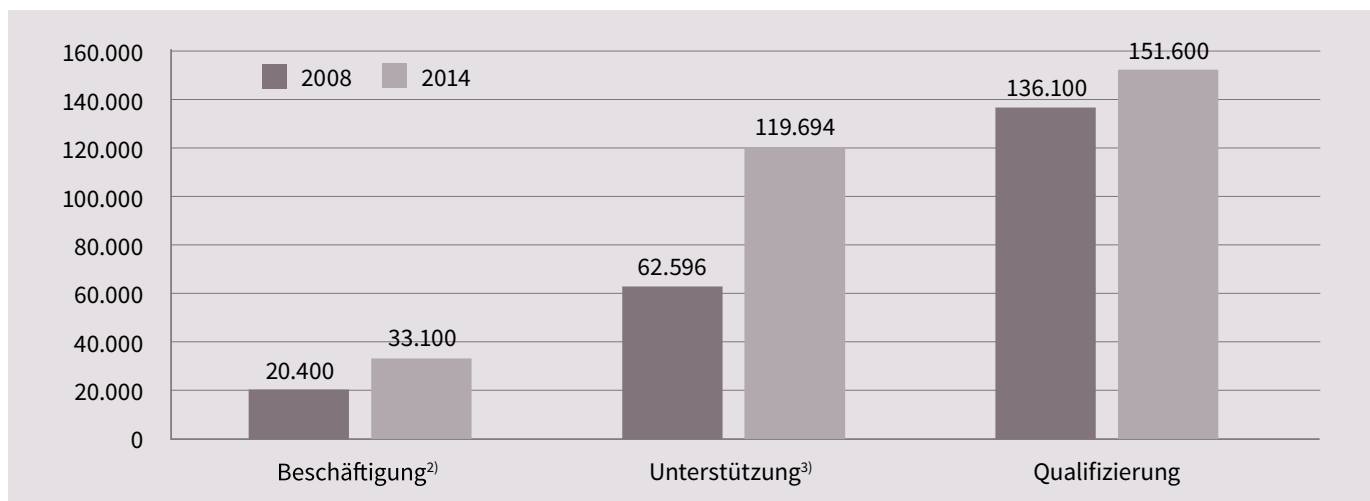
		2008	2009	2011	2014	Veränderung in %		
						Frauen	Männer	Insges.
BezieherInnen	Arbeitslosengeld	78.941	117.180	90.945	110.113	+31%	+48%	+40%
	Notstandshilfe	74.722	89.371	94.809	137.424	+75%	+90%	+84%
Ø monatl.	Arbeitslosengeld	755	810	828	881	+17%	+16%	+17%
	Notstandshilfe	597	611	679	719	+24%	+18%	+21%

Quelle: AMS DWH

¹⁾ gerundete Werte

15.4.3 Ausbau der Förderungen und Beihilfen des Arbeitsmarktservice

Anzahl der Personen in AMS-Förderungen¹⁾



Quelle: AMS DWH

¹⁾ Vergleichszeitraum jeweils Jänner bis September

²⁾ ohne Kurzarbeit

³⁾ z.B. Beratung, Serviceangebote

In Österreich stellen Investitionen in arbeitsmarktpolitische Programme einen wesentlichen Ansatz zur Bekämpfung sozialer Folgewirkungen der Krise dar. Während Geldleistungen Einkommensverluste kompensieren, dienen diese Maßnahmen dazu, Arbeitsplätze zu erhalten (z.B. Kurzarbeit) bzw. die Vermittlungschancen von Arbeitslosen zu verbessern (Schulung, Qualifizierung). Insgesamt betrachtet liegen derzeit die TeilnehmerInnenzahl aller Förderungen und Beihilfen des AMS von Jänner bis September 2014 deutlich über dem Niveau desselben Vergleichszeitraums vor Eintritt der Krise.

15.4.4 Gesicherte Lohn- und Gehaltsansprüche nach Insolvenzen

Die wirtschaftlichen Probleme der letzten Jahre äußerten sich auch in einer verstärkten Inanspruchnahme der staatlichen Insolvenzentgeltsicherung: Im Krisenjahr 2009 kam es zu einem deutlichen Anstieg der Anzahl der Zuerkennungsbescheide, der Neuanträge sowie des zuerkannten Gesamtbetrags aus dem Fonds; danach entspannte sich die Lage bis 2012.

Zuerkennungsbescheide aus dem Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF-Service) – Jahresvergleich

	2008	2009	2012	2013	Veränderung 2008-13 in %
Anzahl der Zuerkennungsbescheide ¹⁾	40.704	51.606	39.891	59.361	+45,8%
Zuerkannter Gesamtbetrag aus dem Fonds, in Mio. EUR	208,1	277,6	189,8	298,7	+43,6%
Neuanträge ²⁾	28.111	38.139	26.797	38.386	+36,6%

Quelle: IEF-Service GmbH, BMASK

¹⁾ Bescheide, mit denen zumindest 1 EUR zuerkannt wurde

²⁾ Neuanträge: Pro derselben Arbeitgeberinsolvenz und eines Arbeitnehmers (einer Arbeitnehmerin) wird nur ein Antrag gezählt.

Im letzten Jahr sind hingegen sowohl bei den Zuerkennungsbescheiden (59.400) als auch beim zuerkannten Gesamtbetrag (299 Mio. EUR) sowie bei den Neuanträgen (38.400) die höchsten Werte seit Beginn des Monitorings festzustellen. Im Vergleich zum Jahr 2008 ergeben sich bei diesen Ausprägungen bis 2014 Steigerungsraten zwischen 37% und 46%.

Aktuelle Daten zeigen für 2014 eine Fortsetzung dieses Trends: Im Vergleichszeitraum Jänner bis Juni kam es im Vergleich zu 2008 bei der Anzahl der Zuerkennungsbescheide zu einem Anstieg von 78%; beim zuerkannten Gesamtbetrag betrug dieser 69%. Nur bei den Neuanträgen entspannte sich die Situation zuletzt:

Der Anstieg seit 2008 beträgt im Vergleichszeitraum nur mehr rd. 1%.

Weitere Informationen: www.insolvenzentgelt.at

15.4.5 Steigende Bedeutung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)

Die Reform der Sozialhilfe in Österreich verfolgte vor allem zwei Ziele: Einerseits sollte ein österreichweit gültiges und adäquates Mindestsicherungsniveau sichergestellt werden, zum anderen wurde eine stärkere Einbindung der BezieherInnen in die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Arbeitsmarktservice (AMS) angestrebt. Beide Ziele wurden mit der BMS er-

reicht: Die konkrete Regelung der BMS bleibt im Kompetenzbereich der Bundesländer, die Mindesthöhe dieser Sozialleistung wird jedoch bundesweit festgelegt und regelmäßig angepasst. Außerdem können BMS-BezieherInnen nun auch stärker als zuvor die Förderangebote des AMS in Anspruch nehmen (siehe auch Kapitel 8 „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“).

Mit der BMS-Einführung wurde auch die statistische Erfassung der BezieherInnen verbessert. Aus diesem Grund wurde der Vergleichszeitraum in der Berichterstattung 2012 neu begonnen. Zwischen September 2012 und 2014 kam es zu einem Anstieg der BezieherInnen-Anzahl um 23% auf insgesamt 184.300 Personen (Stichtagsdaten).

BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)

	Anzahl der BMS-BezieherInnen Monatsvergleich September			Veränderung 2012-14 in %
	2012	2013	2014	
Personen inkl. Mitunterstützte ¹⁾	149.729	168.644	184.298	+23,1%

Quellen: Sozialabteilungen der Bundesländer

¹⁾ Zahlen enthalten alle Länder, inkl. mitunterstützte Kinder und Erwachsene

Auch (unvollständige) Datenübermittlungen vor diesem Zeitraum spiegeln einen ähnlichen Trend wider, weshalb von einer anhaltend steigenden Bedeutung dieser mindestsichernden Leistung seit 2008 gesprochen werden kann.

15.4.6 Folgen der Krise für die Finanzierung der sozialen Sicherheit

Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit wurde eine Finanzierungslücke im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung befürchtet, da einkommensbezogene Beitragsausfälle drohten. Aus diesem Grund wurden die Kennzahlen „Durchschnittliche Beitrags-

grundlage“ und „Anzahl der Beitragszahlenden“ in das Sozialdaten-Monitoring aufgenommen. Im bisherigen Vergleichszeitraum 2008 bis 2014 traten v.a. wegen der steigenden Beschäftigung und der Einkommensentwicklung diese Befürchtungen nicht ein. In allen genannten Kategorien kam es – bis auf einen leichten Rückgang bei den Beitragszahlenden in den Jahren 2009 und 2010 – zu einem kontinuierlichen Anstieg: Im Juli 2014 gab es 3,2 Mio. Beitragszahlende und die durchschnittliche Beitragsgrundlage machte 2.674 EUR aus. Im Vergleich zum Zeitpunkt vor Eintritt der Krise 2008 sind in diesen Kategorien deutliche Anstiege von 14 bzw. rd. 6 Prozent festzustellen.

Entwicklung der Beitragsgrundlage und Beitragszahlenden in der gesetzlichen Sozialversicherung¹⁾

	2008	2009	2012	2014	Veränderung 2008-14 in %
Durchschnittliche Beitragsgrundlage ²⁾	2.336	2.390	2.429	2.674	14,4%
Anzahl der Beitragszahlenden	3.078.588	3.016.151	3.046.122	3.248.056	5,5%

Quelle: Sozialministerium, eigene Berechnungen

¹⁾ Vergleichsmonat: Juli, ²⁾ kumuliert

Die Bankenkrise und der konjunkturelle Einbruch äußerten sich 2009 durch einen starken Einbruch bei der Körperschaftssteuer um 35 Prozent; erst im Jahr 2013 konnte bei der Körperschaftssteuer wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden. Im Gegensatz dazu blieben die Umsatzsteuer-Einnahmen auch 2009 relativ konstant. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer zeigen seit 2008 eine stabile positive Entwicklung und stützen den Staatshaushalt.

Die gesamten Einnahmen aus den direkten Steuern (Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer) erreichten erst 2012 wieder das Niveau von 2008. Mittlerweile werden bei fast allen Steuern wieder Zuwächse ausgewiesen, nur bei der Kapitalertragsteuer ist ein deutlicher Rückgang von

31% zu beobachten; damit geht allerdings auch die generelle Entwicklung der letzten Jahre in Richtung eines deutlich niedrigeren Zinsniveaus (z.B. auf Sparguthaben) einher.

Mittlerweile wurden – außer bei der Kapitalertragsteuer und bei der Körperschaftsteuer – bei allen direkten Steuern im Vergleich zu 2008 Zuwächse über 10 Prozent erzielt. Das stärkste Einnahmen-Plus zwischen 2008 und 2013 ist mit 15% bei der Lohnsteuer festzustellen. Darüber steigen die Gesamteinnahmen bei der Sozialversicherung im selben Zeitraum kontinuierlich um insgesamt über 20%; anders als bei den Steuerleistungen waren hier in keinem Jahr Einnahmenrückgänge zu bewältigen.

Änderung der Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen (Jahresvergleich), in Mio. EUR

	2008	2009	2012	2013	Veränderung 2008-13 in %
direkte Steuern ¹⁾	33.826	29.463	34.169	36.454	+7,8%
darunter u.a.:					
veranlagte Einkommensteuer	2.742	2.605	2.602	3.120	+13,8%
Lohnsteuer	21.308	19.898	23.392	24.597	+15,4%
Kapitalertragsteuer	3.750	3.015	2.512	2.590	-30,9%
Körperschaftsteuer	5.934	3.834	5.327	6.018	+1,4%
Umsatzsteuer	21.853	21.628	24.602	24.867	+13,8%
andere Steuern	12.849	12.223	14.382	15.049	+17,1%
Bruttoeinnahmen	68.528	63.314	73.153	76.370	+11,4%
Gesamteinnahmen Sozialversicherung	45.330	47.445	52.579	54.594	+20,4%

Quellen: BMF, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

¹⁾ veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuern, EU-Quellensteuer, Körperschaftsteuer

